

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Auch Tudjman sollte konzessionsbereit sein  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092904>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ljubomir Matić zum Serbenproblem in der Krajina

# Auch Tudjman sollte konzessionsbereit sein

«Manche meinen, dass sich das Schicksal der Krajina im lange erwarteten Zusammentreffen zwischen Milošević und Tudjman entscheiden wird; natürlich nach den Spielregeln der Grossmächte, denen beide, an die Wand gedrückt, zu folgen beschlossen haben.» Zu diesem Schluss ist kürzlich die unabhängige Belgrader Zeitschrift «Vreme» gekommen, nachdem die bisher geführten Gespräche zwischen Vertretern Kroatiens und der sogenannten «Republik Serbische Krajina» kaum ein Näherrücken der beiden Seiten gebracht haben.

Doch bis anhin ist kein Treffen der beiden Präsidenten vereinbart worden. Überdies haben sich inzwischen Anzeichen als falsch erwiesen, dass sich Tudjman und Milošević unter griechischer Vermittlung noch im August in Athen treffen würden. Tudjman hat weder jetzt, noch auf frühere Versuche von Präsident Milošević, eine Begegnung zu arrangieren, reagiert. Die Gerüchte über Tudjmans Krankheit vermochten vielleicht in Belgrad zu erklären, weshalb er die Antwort auf die Einladung schuldig geblieben ist. In Zagreb aber, wo man diese Gerüchte dementierte, wurden viel ernstere Gründe für Tudjmans Verhalten hervorgehoben: Zu einem Treffen könne es erst kommen, wenn Belgrad klar und eindeutig erkläre, dass es «Kroatien in seinen international festgesetzten Grenzen anerkennt».

Konkret: Belgrad soll anerkennen, dass es keine Republik Serbische Krajina gebe, dass jene Region zu Kroatien gehöre und dass demzufolge deren «Reintegration» in das kroatische Staatensystem zu realisieren sei. Auf diese Forderung will Milošević nicht eingehen; denn, so «Vreme», Milošević könne nicht gleichzeitig Karadžić und die Krajina «demontieren», ohne seine politische Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen.

## Selbstkritische Töne aus Zagreb

Darüber hinaus wird Miloševićs Einfluss überschätzt (der Konflikt mit Karadžić hat die Grenzen von Miloševićs Einfluss auf die «Westserben» deutlich gemacht), und in Knin hätte er noch weniger Aussicht auf Erfolg. Auch Kroatien selbst

hat kaum etwas unternommen, was die Krajina-Serben zu einer «Rückgliederung» animieren könnte.

«Die Serben haben sich zusammengetan, weil ihnen keine andere Wahl blieb und wir ihnen auch keine solche gaben», erklärte Stipe Mesić, einst politischer Weggefährte Tudjmans, früherer Generalsekretär der HDZ und Regierungschef, heute ein führender Oppositionspolitiker. Ein Blick zurück in die Tage des Machtaufstiegs von Tudjmans Kroatischer Demokratischer Gemeinschaft (HDZ) 1990 genügt, um zu sehen, dass Mesić so unrecht nicht hat. Unter dem Einfluss extremistischer kroatischer Emigranten, die die HDZ finanziell unterstützten, begannen damals Schikanen gegenüber Serben, was schliesslich zum bewaffneten Konflikt eskalierte, weil diese die Wiederholung der Geschichte des seinerzeitigen Ustascha-Staates NDH befürchteten. Grosskroatische Töne von Tudjman und dessen Partei taten ein übriges.

Eine besondere Behandlung erfuhren die städtischen Serben. Im Unterschied zu den Bewohnern der Krajina, die vorwiegend Serben sind und sich gewaltsam gegen die kroatischen Behörden zur Wehr setzten, sahen sich die Stadtserven zur Loyalität gegenüber der neuen Macht gezwungen, weil sie sich nicht organisierten. Trotzdem wurden sie nicht mehr als gleichberechtigte Mitbürger Kroatiens akzeptiert. So sind beispielsweise aus Rijeka rund 18 000 Serben ausgewandert, obgleich dort keine Kämpfe stattfanden, und in Zagreb — ebenfalls eine ungefährdete Stadt — sind nur rund ein Viertel der einst 300 000 Serben geblieben.

Die Schikanen haben inzwischen nur an Intensität nachgelassen, was aus dem letzten Bericht des UNO-Sonderbeauftragten für das ehemalige Jugoslawien, Tadeusz Mazowiecki, hervorgeht: «Es gibt Leute bei den kroatischen Behörden, die wissen, dass der Krieg keine Rechtfertigung für Menschenrechtsverletzungen sein darf. Ihnen ist klar, dass dies für Kroatien nicht gut ist, und von diesem Teil der kroatischen Behörden habe ich Unterstützung. Leider ist die Politik in der Praxis ganz anders... Das beweist, dass die Menschenrechte in

Zu einem Treffen zwischen Milošević und Tudjman kann es erst kommen, wenn Belgrad Kroatien «in seinen international festgesetzten Grenzen» anerkennt.

«Die Serben haben sich zusammengetan, weil ihnen keine andere Wahl blieb und wir ihnen auch keine solche gaben.» (Stipe Mesić, früherer Generalsekretär der HDZ)

Die Drohungen Tudjmans sind im Grunde die Ankündigung einer Schlacht, die die in Bosnien-Herzegowina erlebten Kriegsgreuel noch übertreffen könnten.

Kroatien verletzt werden. Sollte dieses Problem dem Europarat vorgetragen werden, wird er sehr scharf reagieren.» Der Präsident der Serbischen Volkspartei in Kroatien, Milan Djukić, meinte dazu, dass «mit einem solchen Verhalten des Staates die Möglichkeit einer friedlichen Reintegration der UNPA-Zonen schwindet». (Die UNPA — United Nations Protected Areas — sind die als Republik Serbische Krajina proklamierten Gebiete.)

## Es gibt auch Serben, die den Frieden wollen

Diese kroatische Politik macht es denn auch schwierig für die internationalen Gremien, das Problem mit einem Verbleib der UNPA innerhalb eines kroatischen Staates zu lösen, und zwar mit einer Autonomie, die es den Serben ermöglicht, friedlich und unter Wahrung ihrer nationalen Rechte zu leben. Diese Idee hat auch in Serbien ihre Anhänger, beispielsweise beim Bürgerbund Serbiens, aber auch bei anderen Parteien, die sich um eine friedliche und realistische Lösung der serbischen Frage bemühen.

Die Drohungen Tudjmans, seines Generals Janko Bobetko und seiner «Falken», «die Reintegration, wenn es denn sein muss, mit allen Mitteln durchzusetzen», ist nur Öl ins Feuer und im Grunde die Ankündigung einer Schlacht, die die in Bosnien-Herzegowina erlebten Kriegsgreuel noch übertreffen könnte. Nach der Erfahrung mit dem letzten Eingreifen kroatischer Truppen in der Gegend um Medak, als die ausländischen Beobachter mit Mord und Brandstiftung konfrontiert wurden, würden die Krajina-Serben mit Sicherheit einen verzweifelten und totalen Widerstand leisten.

## Weitgehende Autonomie für die Krajina vorgeschlagen

«Erstellen Sie zunächst einmal ein Inventar Ihrer Panzer», warnte der US-Botschafter Galbraith seine Gastgeber in Zagreb. Und damit meinte er natürlich nicht nur im wörtlichen Sinne Panzer. Mit den Artilleriestellungen und Raketenwerfern in der Schussweite Za-

grebs und anderer grösserer kroatischer Städte könnten die Serben Zerstörungen verursachen, von denen sich Kroatien nur schwer erholen würde.

Galbraiths Warnung zielte nicht nur darauf ab, den neuerlichen Ausbruch eines Krieges abzuwenden, sondern stand vor allem im Interesse einer Idee, die er Anfang Juni in einer Vorlesung an der Zagreber Fakultät der politischen Wissenschaften vortrug: «Eine Vereinbarung zwischen Serben und Kroaten muss eine gewichtige Autonomie für jene Gebiete sicherstellen, in denen die Serben die Mehrheit bilden. Was heisst eine gewichtige Autonomie? Es bestehen verschiedene Modelle, unter ihnen diejenigen der amerikanischen Staaten, der kanadischen Provinzen oder der «Kantone» in Bosnien und Herzegowina.

Die Autonomie wird sicherlich das Recht auf die eigene Gesetzgebung, die Berufsbildung, das Steuerwesen, die Kontrolle über die Polizei und die Erhaltung der eigenen Kultur umfassen. Sie kann auch sinnbildliche Elemente einschliessen. Die amerikanischen Staaten haben ihre eigenen Flaggen. Besteht ein Grund, weshalb ein autonomes Gebiet, ein «Kanton» oder ein Staat nicht eine eigene Flagge haben sollte, wenn es die dort lebenden Menschen wünschen?»

Doch das, was Galbraith und die Mehrheit der westlichen und auch der russischen Politiker, in verschiedenen Schat-

**Die Gewährung einer serbischen Autonomie könnte auch der erste Schritt zu einer Reorganisation des kroatischen zentralistischen Staates sein.**

tierungen freilich, befürworten, ist für Tudjman unannehmbar. Und das nicht nur, weil er keine solche serbische Autonomie will, sondern auch, weil er befürchtet, dass sich der Weg zu einer allgemeinen Reorganisation des kroatischen zentralistischen Staates anbahnen würde; denn es gibt bereits ernste Forderungen nach Autonomie für Istrien, Dalmatien und Slawonien.

«Galbraiths Vorschlag», kommentierte die Spliter Zeitschrift «Feral Tribune» (in parodistischer Anlehnung an die «Herald Tribune» — Feral heisst «Strassenlaternen»; dieser Wochenschrift war es mit ihrem unnachahmlichen Humor gelungen, den Versuch der kroatischen Behörden zu überleben, sie durch Erhebung von Sondersteuern für alle «Schundausgaben» mundtot zu machen), «ist ein Kompromiss: Die Serben könnten zwar nicht ihren eigenen Staat bekommen, aber sie könnten ein Element zur Umwandlung Kroatiens in eine demokratische Föderation mit einem hohen Grad an Minderheitenschutz darstellen. Mit dem Eintritt in den kroatischen politischen Raum könnten die Serben nicht nur ein Gebiet, das im Augenblick ausserhalb dieses Raumes steht, sondern auch Änderungen im Konzept der politischen Institutionen Kroatiens mit sich bringen. Auf den ersten Blick scheint es unwahrscheinlich, doch damit würden die Serben ein Problem lösen, das weder die Istrier, noch die Dalmatier, noch die Opposition alleine lösen können. Einer Politik der Völkerverständigung zustimmend, so sind die Föderalisten überzeugt, würden die Serben und Kroaten ihre gegenseitigen Interessen verwirklichen.»

## Offene Fragen

Im Augenblick verweigern Tudjman und Gleichgesinnte eine solche Politik oder könnten sie jedenfalls nur sehr schwer akzeptieren. Deshalb sind Tudjmans an die Serben gerichteten Vorschläge inhaltlich weit entfernt von jenen Ideen Galbraiths, was wiederum den Serben eine breite Basis für die Gegnerschaft mit Tudjman und für das Insistieren auf internationale Anerkennung als unabhängigen serbischen Staat bietet, was in der Welt sichtlich auf Ablehnung stösst.

Die Autonomie, wie sie den Serben angeboten wird, ist nicht einmal hinlänglich definiert, weshalb über ihren Umfang nur spekuliert werden kann. Allem Anschein nach handelt es sich dabei aber um die Gewährung nur sehr beschränkter Rechte auf Verwaltungskreisebene, in der Ausbildung und Kultur, eventuell in einigen niedrigen Ämtern, in denen die Serben national vertreten sein dürften. Und als allgemeiner Rahmen wird erwähnt, dass sie im grossen

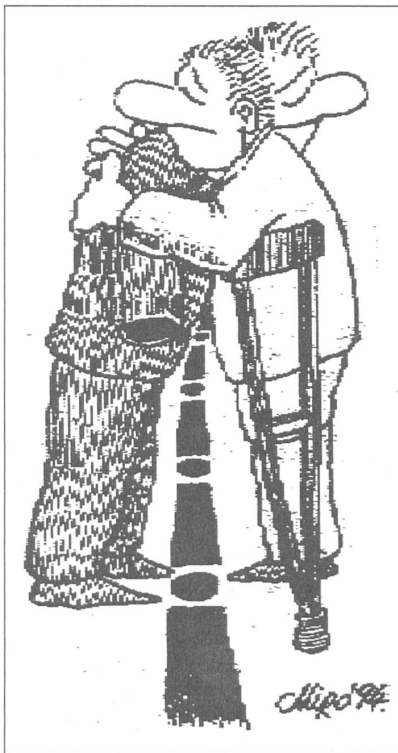
und ganzen «dieselben Rechte wie alle anderen nationalen Minderheiten in Kroatien haben würden», was die Serben als völlig unannehmbar ablehnen.

Noch grössere Befürchtungen verursachte bei den Serben die nebulöse Formulierung, wonach die kroatischen Behörden nach der Reintegration allen Serben, «welche ihre Hände nicht mit Blut besudelt haben» (während des serbisch-kroatischen Krieges), jegliche Sicherheit garantieren würden. Da stellen sich eine ganze Reihe von Fragen, auf die Zagreb genügend Zeit hatte, Antworten vorzubereiten, es aber unterlassen hat. Zu diesen Fragen gehört beispielsweise zu präzisieren, mit welchen Kriterien nachzuweisen ist, wer die Hände mit Blut befleckt hat und wer nicht.

So, wie die Bedingung formuliert wurde, kann sie auf jeden Serben zutreffen, der am Krieg teilgenommen hatte, unabhängig davon, ob er sich verteidigt oder ob er angegriffen hatte, ob er jemanden bei einem bewaffneten Einsatz getötet oder ob er einen unbewaffneten Zivilisten vor dessen Haus ermordet hatte. Ausserdem: Wer soll die Untersuchung führen, welches Gericht das Urteil fällen und nach welchem Gesetz? Was wird mit den politischen Führern? Sie haben vermutlich niemanden umgebracht, aber sie sind es, welche «diejenigen mit blutigen Händen» geleitet haben. Ohne die Beantwortung solcher Fragen bleibt die Angst, dass die kroatischen Behörden nach einer Reintegration der Serben nach Belieben und eigener Wahl werden strafen können.

Und schliesslich hat niemand die Frage aufgeworfen, ob nicht auch Kroaten, deren Hände im Krieg nicht immer unblutig geblieben sind, ebenfalls bestraft werden müssten. Dass diese Furcht nicht ganz unberechtigt ist, belegen Beispiele zurückkehrender serbischer Flüchtlinge, die festgehalten und eingekerkert wurden, weil sie früher im «feindlichen Heer» (jugoslawische Bundesarmee) gedient hatten.

Mit einer Politik der kleinen Schritte — Verhandlungen mit Knin über die Eröffnung von Verkehrswegen oder die Wasserversorgung — kann eine endgültige und demokratische Lösung für die Serben in der Krajina nicht hinausgeschoben werden. Die Lage am treffendsten umschrieben hat vielleicht Gojko Nikolic, Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Kunst: «Kroatien und Serbien stehen heute vor einem objektiven Scheideweg: Entweder befinden sie sich auf dem Pfad selbstmörderischer Kriegführung um Territorien und nationale Oberhand oder auf dem Pfad binnenstaatlichen demokratischen Handelns, der sie nach Europa führen und damit die gegenseitigen Streitigkeiten lösen würde.» ■



Aus: Feral Tribune, Split

**Die kroatischen Behörden wollen nach der Reintegration allen Serben, «welche ihre Hände nicht mit Blut besudelt haben», jegliche Sicherheit garantieren. Das wirft allerdings einige Fragen und Befürchtungen auf.**